

### INHALT

16. Änderung der Tiroler Bauordnung 2011

17. Abgabenertragsanteile der Gemeinden  
Mai 2013

18. Abgabenertragsanteile der Gemeinden  
Jänner bis Mai 2013

Verbraucherpreisindex März 2013  
(vorläufiges Ergebnis)

## 16.

### Änderung der Tiroler Bauordnung 2011

#### 1. Allgemeines

Am 1. Juni 2013 tritt die Änderung der Tiroler Bauordnung 2011, LGBl. Nr. 48/2013, in Kraft, die im Wesentlichen zwei Zielsetzungen zum Inhalt hat. Zum einen erfolgt damit eine Teilumsetzung der neuen Gebäuderichtlinie (RL2010/31/EU) und der Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (RL 2009/28/EG). Zum anderen wird die generelle Abweichungsklausel im Hinblick auf die bautechnische Anforderungen erweitert und die Möglichkeit, die Zulässigkeit der Bebauung von Grundstücken, die von Naturgefahren bedroht sind, an spezielle organisatorische Vorkehrungen zu binden (Sicherheitskonzepte), punktuell adaptiert.

#### 2. Umsetzung der Gebäuderichtlinie

Die neue Gebäuderichtlinie sieht gegenüber der Vorgängerrichtlinie insbesondere die Erweiterung des Kreises jener Gebäude, die die Erfordernisse der Gesamtenergieeffizienz erfüllen müssen, sowie eine erweiterte Pflicht zur Erstellung von Energieausweisen und eine Neufestlegung der Verpflichtung zum Aushang von Energieausweisen vor. Zur vollständigen Umsetzung der Gebäuderichtlinie für den Bereich des Baurechts ist weiters eine Anpassung der Technischen Bauvorschriften 2008 erforderlich, für die mit der nunmehrigen Änderung der TBO 2011 die notwendige gesetzliche Grundlage geschaffen wird.

##### 2.1. Größere Renovierung

Während der bereits auch schon in der früheren Gebäuderichtlinie verwendete Begriff der größeren Renovierung in der Tiroler Bauordnung als „umfassende Sanierung“ umgesetzt wurde, erfolgt nunmehr – auch in

Übereinstimmung mit der OIB-Richtlinie 6 – eine sprachliche Vereinheitlichung und Neufestlegung der entsprechenden Legaldefinition. Nach § 2 Abs. 26 TBO 2011 ist eine größere Renovierung nunmehr die zeitlich zusammenhängende Renovierung eines Gebäudes, in die mehr als 25% der Oberfläche der Gebäudehülle einbezogen werden. Damit wird nunmehr ausschließlich beim Ausmaß der Renovierung angesetzt. Auf die Kosten der Renovierung im Verhältnis zum Gebäudewert, die vielfach nur mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand entsprechend genau bestimmt werden können, wird im Sinn der Verwaltungsvereinfachung nicht mehr abgestellt.

##### 2.2. Sanierungsmaßnahmen

Bisher war die Anbringung eines Vollwärmeschutzes oder einer Wärmedämmung der Dachflächen bei Gebäuden mit einer Nettogrundfläche von höchstens 1.000 m<sup>2</sup> bewilligungs- und anzeigefrei.

Aufgrund der bestehenden unionsrechtlichen Verpflichtungen war eine Einschränkung auf die Größe des Bestandsgebäudes nicht mehr möglich und sind nunmehr Sanierungsvorhaben grundsätzlich so wie die größere Renovierung anzeigepflichtig. Lediglich der Austausch von Fenstern und Balkontüren, wenn durch diese Maßnahmen die äußere Gestaltung des Gebäudes nicht wesentlich berührt wird, bleibt auch weiterhin bewilligungs- und anzeigefrei.

##### 2.3. Anforderungen an die Gesamtenergieeffizienz

Die neue Gebäuderichtlinie sieht u. a. vor, dass bei größeren Renovierungen bestehender Gebäude nunmehr generell die entsprechenden Erfordernisse der

Gesamtenergieeffizienz erfüllt werden müssen. Die nach der Vorgängerrichtlinie bestehende Einschränkung auf Gebäude mit einer Gesamtnutzfläche von über 1.000 m<sup>2</sup> entfällt daher nunmehr, sodass diese Erfordernisse künftig bei größeren Renovierungen jedenfalls erfüllt werden müssen, sofern das betreffende Gebäude nicht unter eine der in der Gebäuderichtlinie vorgesehenen Ausnahmen fällt. Zusammengefasst müssen nach § 19a Abs. 1 TBO 2011 somit künftig bei folgenden Bauvorhaben die Erfordernisse der Gesamtenergieeffizienz erfüllt werden:

- Bei bewilligungspflichtigen Neubauten von Gebäuden (lit. a),
- bei größeren Renovierungen von Gebäuden – nunmehr ohne flächenmäßige Einschränkung des Bestandsgebäudes (lit. b),
- bei bewilligungspflichtigen Zubauten, Umbauten, sonstigen Änderungen und Änderungen des Verwendungszweckes von Gebäuden, sofern dabei mindestens ein selbstständiger Gebäudeteil, ein solches Geschoss oder eine Wohnung geschaffen wird (lit. c), und
- bei bewilligungspflichtigen Zubauten, Umbauten und sonstigen Änderungen von Gebäuden, sofern diese Gebäudekomponenten umfassen, die Teil der Gebäudehülle sind (lit. d).

Die jeweils entsprechenden konkreten Anforderungen hinsichtlich der Gesamtenergieeffizienz werden in den Technischen Bauvorschriften 2008 bzw. durch die Verbindlicherklärung der OIB-Richtlinie 6 betreffend Energieeinsparung und Wärmeschutz, Ausgabe Oktober 2011, festgelegt.

#### 2.4. Ausnahmen von der Gesamtenergieeffizienz

Im Sinn einer besseren Übersicht wurden die Ausnahmen von der Gesamtenergieeffizienz nunmehr zusammengefasst in der TBO geregelt. Nach § 19b TBO 2011 sind folgende Gebäude von der Gesamtenergieeffizienz ausgenommen:

- Denkmalschutzte Gebäude, charakteristische Gebäude und Gebäude in Schutzzonen und Umgebungszonen nach dem SOG, soweit dies zum Schutz der Eigenart oder des Erscheinungsbildes dieser Gebäude erforderlich ist (lit. a),
- Gebäude, die für den Gottesdienst und sonstige religiöse Zwecke bestimmt sind (lit. b),
- Gebäude, die nicht geheizt oder gekühlt bzw. nur frostfrei gehalten werden (lit. c),
- Gebäude, die aufgrund ihres besonderen Verwendungszweckes höchstens für die Dauer von zwei Jahren errichtet werden (lit. d),

- Wohngebäude, die nicht für eine ganzjährige Nutzung bestimmt sind und deren voraussichtlicher Energiebedarf weniger als 25% des Energiebedarfs im Fall der ganzjährigen Nutzung beträgt; darunter fallen jedenfalls Wohngebäude, die zwischen dem 1. November und dem 31. März des Folgejahres an höchstens 31 Tagen genutzt werden (lit. e) und
- Gebäude für Industrieanlagen, Werkstattegebäude und landwirtschaftliche Nutzgebäude, bei denen die für die Beheizung und Kühlung erforderliche Energie überwiegend aus gebäudeeigener Abwärme gewonnen wird (lit. f).

#### 2.5. Pflicht zur Erstellung eines Energieausweises

Entsprechend den unionsrechtlichen Vorhaben wurde auch die Pflicht zur Erstellung eines Energieausweises neu geregelt. Nach § 19c Abs. 1 TBO 2011 ist ein Energieausweis zu erstellen:

- Bei bewilligungspflichtigen Neubauten von Gebäuden (lit. a);
- bei der größeren Renovierungen von Gebäuden (lit. b);
- bei bewilligungspflichtigen Zubauten, Umbauten, sonstigen Änderungen und Änderungen des Verwendungszweckes von Gebäuden, sofern dabei mindestens ein selbstständiger Gebäudeteil, ein solches Geschoss oder eine Wohnung geschaffen wird (lit. c);
- für Gebäude, in denen mehr als 500 m<sup>2</sup> (ab dem 9. Juli 2015 mehr als 250 m<sup>2</sup>) der konditionierten Brutto-Grundfläche von Behörden genutzt werden (lit. d) sowie
- für Gebäude mit einer konditionierten Brutto-Grundfläche von mehr als 500 m<sup>2</sup>, die regelmäßig von einer großen Anzahl an Personen aufgesucht werden (lit. e).

#### 2.6. Aushang von Energieausweisen

Nach § 19e TBO 2011 ist nunmehr bei folgenden Gebäuden der Energieausweis hinsichtlich seines wesentlichen Inhalts an einer allgemein gut sichtbaren Stelle auszuhängen:

- Bei Gebäuden, in denen mehr als 500 m<sup>2</sup>, der konditionierten Brutto-Grundfläche von Behörden genutzt werden (ab dem 9. Juli 2015 bereits bei mehr als 250 m<sup>2</sup>) und
- bei Gebäuden mit einer konditionierten Brutto-Grundfläche von mehr als 500 m<sup>2</sup>, die regelmäßig von einer großen Anzahl an Personen aufgesucht werden.

In diesen Fällen ist der Energieausweis alle zehn Jahre zu erneuern. Für Bestandsgebäude für die aufgrund der nunmehrigen Änderung erstmalig ein Energieausweis

erstellt werden muss wurde hinsichtlich der Aushangpflicht eine Übergangsfrist von einem Jahr geschaffen.

#### 2.7. Registrierung und Kontrolle von Energieausweisen

Zur Erfüllung der Vorgaben der Gebäuderichtlinie erfolgt zudem die Schaffung der Grundlagen für ein unabhängiges Kontrollsystem für Energieausweise, das eine regelmäßige stichprobenartige Kontrolle der jährlich ausgestellten Energieausweise verlangt. Dies setzt eine entsprechende Registrierung der Energieausweise in der nach dem GWR-Gesetz des Bundes eingerichteten Energieausweisdatenbank voraus. Das unabhängige Kontrollsystem sowie die Registrierung wird im Einzelnen in den Technischen Bauvorschriften 2008 bzw. entsprechenden Verordnungen näher geregelt werden.

#### 2.8. Einsatz von hocheffizienten alternativen Systemen

Nach § 24 Abs. 3 TBO 2011 ist entsprechend den Verpflichtungen aus der Gebäuderichtlinie nunmehr generell beim Neubau von Gebäuden ohne flächenmäßige Beschränkung in den Planunterlagen auch die technische, ökologische und wirtschaftliche Realisierbarkeit des Einsatzes von hocheffizienten alternativen Systemen darzulegen, soweit solche verfügbar sind. Nach der Legaldefinition in § 2 Abs. 27 TBO 2011 sind hocheffiziente alternative Systeme insbesondere dezentrale Energieversorgungssysteme auf der Grundlage von Energie aus erneuerbaren Quellen, Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, Fern- oder Nahwärme-Systeme oder Fern- oder Nahkälte-Systeme, insbesondere, wenn diese ganz oder teilweise auf Energie aus erneuerbaren Quellen oder auf Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen beruhen, und Wärmepumpen mit einer Jahresarbeitszahl von mindestens 3,0.

Wenn den Erfordernissen der Gesamtenergieeffizienz und der Energieeinsparung mit einem hocheffizienten alternativen System mit einem im Verhältnis zum erzielbaren Erfolg vertretbaren Aufwand wesentlich besser entsprochen werden könnte, ist die Baubewilligung zu versagen.

### 3. Erweiterung der Abweichungsklausel

Aufgrund der bisher geltenden Bestimmung konnte die Baubehörde nach § 19 Abs. 6 TBO 2011 bei Umbauten und geringfügigen Zubauten von Gebäuden, die vor dem 1. Jänner 1975 errichtet wurden und beim Ausbau von Dachgeschossen (ohne zeitliche Beschränkung des Bestandsgebäudes) von der Einhaltung einzelner Bestimmungen von Verordnungen nach § 19 Abs. 1 TBO 2011 somit von den Technischen Bauvorschriften

2008 sowie den für verbindlich erklärten OIB-Richtlinien absehen, wenn deren Einhaltung wirtschaftlich nicht vertretbar wäre und eine Gefahr für das Leben und die Gesundheit von Menschen nicht besteht. Diese Bestimmung wurde mit der Tiroler Bauordnung 1998 eingeführt, um die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum im Rahmen der bestehenden Bausubstanz zu erleichtern und auf diese Weise einen Beitrag zur besseren Ausnutzung des vorhandenen Baulandes zu leisten. In der Praxis hat sich zwischenzeitlich allerdings häufig gezeigt, dass die bisherige Stichtagsregelung mit 1. Jänner 1975 zu einschränkend ist und vielfach einer gewünschten zweckmäßigen baulichen Nutzung (Nachverdichtung) entgegensteht, womit nicht zuletzt die wichtige raumordnungsrechtliche Zielsetzung nach einem sparsamen Umgang mit den vorhandenen Baulandressourcen konterkariert wird. Zudem erfolgt mit der künftigen Neuregelung, die nunmehr auf Gebäude abstellt, die vor dem 1. März 1998 errichtet wurden, statt des bisherigen Stichtags mit 1. Jänner 1975, auch ein wesentlicher Beitrag zur Kostenreduktion im Wohnbau.

### 4. Sicherheitskonzepte

Wie bereits eingangs ausgeführt, wurde die Möglichkeit, die Zulässigkeit der Bebauung von Grundstücken, die von Naturgefahren bedroht sind, an spezielle organisatorische Vorkehrungen zu binden (Sicherheitskonzepte) punktuell adaptiert. Wird trotz bescheidgemäßer Ausführung eines Bauvorhabens im Fall einer Gefahr für das Leben oder die Gesundheit von Menschen einem Auftrag auf erstmalige Vorlage eines Sicherheitskonzeptes oder auf Änderung des bestehenden Sicherheitskonzeptes nicht entsprochen, so soll dies künftig die gänzliche oder teilweise Untersagung der weiteren Benützung der baulichen Anlage zur Folge haben. Bisher war dies nur dann der Fall, wenn ein – wenngleich unzureichendes – Sicherheitskonzept vorgelegt wurde, aber einem daraufhin nach § 13 Abs. 3 AVG erteilten Mängelbehebungsauftrag nicht oder nicht ausreichend entsprochen wurde. Im Sinn der Rechtssicherheit erfolgte weiters eine Klarstellung insofern, als die Weitergeltung des bisherigen Sicherheitskonzeptes im Fall der Nichtgenehmigung des geänderten Sicherheitskonzeptes ausdrücklich normiert wird. Im Fall von bereits ergangenen Aufträgen nach § 27 Abs. 10 lit. b TBO 2011 hat der nunmehr gebotene Hinweis auf die Rechtsfolgen des § 27 Abs. 11 TBO 2011 durch gesonderte Verfahrensordnung erfolgen.

Dr. Barbara Gstir  
Abt. Bau- und Raumordnungsrecht

## 17.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Mai 2013

Ertragsanteile an	Mai		Änderung	
	2012	2013	in Euro	in %
<b>EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	-3.978.971	-3.847.839	131.133	3,30
Lohnsteuer	16.155.287	17.497.469	1.342.182	8,31
Kapitalertragsteuer	467.699	889.422	421.723	90,17
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	463.072	629.218	166.146	35,88
Körperschaftsteuer	-1.085.303	-171.424	913.879	84,21
Erbschafts- und Schenkungssteuer	9.102	11.513	2.410	26,48
Stiftungseingangssteuer	16.217	1.643	-14.573	-89,87
Bodenwertabgabe	10.671	8.468	-2.203	-20,64
Stabilitätsabgabe	41.887	-79.037	-120.923	-288,69
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>12.099.661</b>	<b>14.939.434</b>	<b>2.839.773</b>	<b>23,47</b>
<b>SONSTIGE STEUERN:</b>				
Umsatzsteuer *)	16.496.811	18.209.413	1.712.602	10,38
Abgabe von alkoholischen Getränken	57	24	-34	-58,81
Tabaksteuer	2.303.930	1.273.725	-1.030.205	-44,72
Biersteuer	174.911	145.875	-29.036	-16,60
Mineralölsteuer	3.274.859	2.951.185	-323.674	-9,88
Alkoholsteuer	136.990	116.021	-20.969	-15,31
Schaumweinsteuer	1.150	1.771	621	53,95
Kapitalverkehrssteuern	85.977	15.255	-70.722	-82,26
Werbeabgabe	249.297	278.456	29.159	11,70
Energieabgabe	864.713	840.861	-23.852	-2,76
Normverbrauchsabgabe	381.042	333.372	-47.670	-12,51
Flugabgabe	79.110	72.585	-6.526	-8,25
Grunderwerbsteuer	7.798.558	6.118.982	-1.679.576	-21,54
Versicherungssteuer	1.598.858	1.632.347	33.489	2,09
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.378.760	2.523.281	144.520	6,08
KFZ-Steuer	3.043	49	-2.993	-98,39
Konzessionsabgabe	143.376	148.239	4.862	3,39
<b>rechnungsmäßig Ertragsanteile</b>	<b>35.971.443</b>	<b>34.661.440</b>	<b>-1.310.003</b>	<b>-3,64</b>
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>35.092.360</b>	<b>33.782.357</b>	<b>-1.310.003</b>	<b>-3,73</b>
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
<b>Summe Ertragsanteile der Gemeinden</b>	<b>47.192.021</b>	<b>48.721.790</b>	<b>1.529.770</b>	<b>3,24</b>
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	4.603.621	5.129.401	525.780	11,42
Werbesteuerenausgleich	40.059	44.708	4.649	11,61
Werbeabgabe nach der Volkszahl	209.238	233.748	24.510	11,71
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00

## 18.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Mai 2013

Ertragsanteile an	Jänner - Mai		Änderung	
	2012	2013	in Euro	in %
<b>EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	9.990.450	10.330.150	339.700	3,40
Lohnsteuer	89.370.284	95.742.090	6.371.806	7,13
Kapitalertragsteuer	3.660.989	4.253.137	592.148	16,17
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	2.618.453	3.164.065	545.612	20,84
Körperschaftsteuer	21.745.553	23.666.846	1.921.292	8,84
Erbschafts- und Schenkungssteuer	151.977	49.215	-102.762	-67,62
Stiftungseingangssteuer	47.840	44.748	-3.092	-6,46
Bodenwertabgabe	273.876	281.201	7.326	2,67
Stabilitätsabgabe	2.129.961	1.844.370	-285.591	-13,41
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>129.989.383</b>	<b>139.375.822</b>	<b>9.386.439</b>	<b>7,22</b>
<b>SONSTIGE STEUERN:</b>				
Umsatzsteuer *)	95.995.829	100.093.399	4.097.570	4,27
Abgabe von alkoholischen Getränken	153	103	-50	-32,73
Tabaksteuer	6.237.014	6.507.045	270.030	4,33
Biersteuer	738.310	736.599	-1.711	-0,23
Mineralölsteuer	16.678.245	16.731.177	52.932	0,32
Alkoholsteuer	602.026	596.464	-5.562	-0,92
Schaumweinsteuer	5.616	5.445	-170	-3,03
Kapitalverkehrssteuern	284.222	187.791	-96.431	-33,93
Werbeabgabe	1.749.089	1.745.020	-4.069	-0,23
Energieabgabe	4.091.888	3.990.482	-101.405	-2,48
Normverbrauchsabgabe	1.881.731	1.714.321	-167.410	-8,90
Flugabgabe	403.421	405.694	2.273	0,56
Grunderwerbsteuer	37.708.168	34.716.630	-2.991.538	-7,93
Versicherungssteuer	4.649.090	4.761.350	112.260	2,41
Motorbezogene Versicherungssteuer	5.534.513	5.849.661	315.148	5,69
KFZ-Steuer	186.695	161.244	-25.450	-13,63
Konzessionsabgabe	1.094.927	1.017.542	-77.385	-7,07
<b>rechnungsmäßig Ertragsanteile</b>	<b>177.840.936</b>	<b>179.219.967</b>	<b>1.379.031</b>	<b>0,78</b>
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	4.395.417	4.395.417	0	0,00
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>173.445.519</b>	<b>174.824.551</b>	<b>1.379.031</b>	<b>0,80</b>
Kunstförderungsbeitrag	40.346	41.243	897	2,22
<b>Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung</b>	<b>303.475.248</b>	<b>314.241.615</b>	<b>10.766.367</b>	<b>3,55</b>
Zwischenabrechnung **)	7.345.569	6.143.123	-1.202.446	-16,37
<b>Ertragsanteile gesamt</b>	<b>310.820.817</b>	<b>320.384.738</b>	<b>9.563.921</b>	<b>3,08</b>
*) davon:				
Getränksteuerenausgleich	25.884.280	27.047.617	1.163.338	4,49
Getränksteuerenausgleich **)	451.976	634.876	182.900	40,47
Summe Getränksteuerenausgleich	26.336.256	27.682.493	1.346.238	5,11
Werbesteuerenausgleich	281.058	280.174	-883	-0,31
Werbeabgabe nach der Volkszahl	1.468.032	1.464.846	-3.186	-0,22
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	1.254.175	1.254.175	0	0,00

**VERBRAUCHERPREISINDEX  
FÜR MÄRZ 2013**  
(vorläufiges Ergebnis)

	Februar 2013 (endgültig)	März 2013 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2010</b>		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	106,9	107,8
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b>		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	117,1	118,0
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	129,5	130,5
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	136,2	137,2
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	178,1	179,6
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	276,9	279,2
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	485,9	490,0
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	619,1	624,3
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	621,1	626,3

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Jahresdurchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat März 2013 beträgt 107,8 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Februar 2013 um 0,8% gestiegen (Februar 2013 gegenüber Jänner 2013: + 0,3%). Gegenüber März 2012 ergibt sich eine Steigerung um 2,3% (Februar 2013/2012: + 2,5%).

**Erscheinungsort Innsbruck**  
**Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**  
Amt der Tiroler Landesregierung,  
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,  
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370  
[www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden](http://www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden)

*Für den Inhalt verantwortlich:* Mag. Christine Salcher

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck